

Memorandum von Jean Monnet an Robert Schuman (Paris, 15. Februar 1952)

Legende: Ende Februar 1952 trifft der französische Außenminister Robert Schuman mit seinem britischen und seinem amerikanischen Amtskollegen zusammen, um die Zukunft Deutschlands zu besprechen. Zwei Wochen zuvor weist Jean Monnet seinen Staatsminister in einem Memorandum an das Außenministerium auf den Stand der industriellen Dezentralisierung im Ruhrgebiet hin.

Quelle: Jean Monnet, Robert Schuman, Correspondance 1947-1953. Lausanne: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, 1986. 188 p. (Cahiers rouges). p. 131.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/memorandum_von_jean_monnet_an_robert_schuman_paris_15_februar_1952-de-7710d428-71a9-4d28-8e7d-c25c349629a0.html



Publication date: 06/07/2016

Memorandum von Jean Monnet an Robert Schuman (15. Februar 1952)

Paris, 15. Februar 1952

Über die Vollendung der Dekonzentration des Ruhrgebiets.

Vertragliche Vereinbarungen

1. Im Laufe der Gespräche, die Sie mit den Herren Acheson und Eden führen werden, muss die Frage der vertraglichen Vereinbarungen angesprochen werden, die die Hohe Kommission mit der Bundesregierung verhandelt.

Darunter betrifft eines der angehängten Abkommen die Anwendung des Gesetzes Nr. 27 nach Inkrafttreten des Vertragsstatuts, das heißt die Vollendung der Maßnahmen zur Dekonzentration des Ruhrgebiets.

Die Dekonzentrationsmaßnahmen sind in die Phase zur Liquidation und Aufteilung des Kapitals der ehemaligen Konzerne eingetreten. Es braucht noch mehrere Monate, bevor für jeden der ehemaligen Konzerne ein nicht umkehrbarer Zustand erreicht ist. Der konkrete Zeitraum, der unserer Ansicht nach so kurz wie möglich sein sollte, wird vor allem davon abhängen, wie kooperativ sich die deutsche Seite zeigen wird.

Aus diesen Gründen ist es meiner Meinung nach sehr wichtig, dass Sie ihren Gesprächspartnern und möglicherweise Bundeskanzler Adenauer gegenüber Folgendes bestätigen:

- unsere Entschlossenheit, das Gesetz Nr. 27 vollständig auszuführen, was die notwendige Bedingung für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist,
- die Notwendigkeit, die sich daraus ergibt, die notwendigen Bestimmungen in die vertraglichen Vereinbarungen aufzunehmen,
- insbesondere keine zeitliche Beschränkung der Befugnisse der Alliierten Behörde, die an die Stelle der derzeitigen Kontrollgruppen treten wird.

2. Die Vertreter der Bundesregierung forderten dagegen die Festlegung einer Frist für die Befugnisse der Alliierten Behörde. Die französischen, britischen und amerikanischen Vertreter in Deutschland lehnen diese Forderung einstimmig ab, die die gesamte Dekonzentration in Frage stellen würde, indem sie die Konzernvertreter dazu verleitet, die Regelung der aktuellen Fragen bis zur Abschaffung der Alliierten Agentur zu verschieben.

DKV [Deutsche Kohlen-Verkaufsgesellschaft]

3. Die Bundesregierung hat noch nicht ihre Zustimmung zur neuen Verkaufsorganisation gegeben, die die deutschen und alliierten Fachleute an die Stelle der DKV setzen wollen und die am 25. Oktober von der Hohen Kommission gebilligt wurde.

In den Verhandlungen mit Dr. Westrick, die seit Mitte Januar stattfinden, haben die alliierten Vertreter alle deutschen Forderungen, die die neue Organisation im Grundsatz nicht in Frage stellen, akzeptiert (Möglichkeit einer Revision durch die Hohe Behörde aufgrund der gesammelten Erfahrungen; Verfahren, um im Notfall Lieferschwierigkeiten zu regeln).

Die deutschen Forderungen, die noch diskutiert werden, sind inakzeptabel. Sie würden nämlich am Ende dazu führen, dass die Zahl der vorgesehenen Verkaufskontore verändert und die neue Organisation so abgeändert würden, dass in Wirklichkeit ein neues Verkaufsmonopol entstünde.

4. Diese Frage muss ganz besonders dringend geklärt werden. Ich denke, es wäre sehr nützlich, wenn Sie den Herren Acheson und Eden und gegebenenfalls dem Bundeskanzler gegenüber unterstreichen, wie wichtig unserer Ansicht nach eine schnelle Zustimmung der Bundesregierung zur neuen Verkaufsorganisation ist, die die DKV ersetzen soll, in Anbetracht der Tatsache, dass der Vertrag über die Gründung der Kohle- und Stahlgemeinschaft demnächst in Kraft treten soll.

5. McCloy wird mit jeder dieser Fragen befasst.

Jean Monnet